

## Institutionen im Wandel

Gegen Institutionen herrscht heute weitverbreitete Abneigung. Weil sie Normen repräsentieren und Verbindlichkeit beanspruchen, werden sie von vielen als Formen ungerichteter Herrschaft angesehen. Durch ihre Gebote und Verbote würden sie jede Spontaneität unterdrücken und zu Triebunterdrückung, zu „Frustration“ führen. Sie gelten als starre, unbewegliche Gebilde, die sich gegen jede Veränderung sperren. Der Vergangenheit verhaftete Ordnungen aufrechtzuerhalten und geschichtlich gewordene Verhältnisse zu verfestigen, das sei ihre hauptsächliche Funktion.

Diese Institutionenkritik ist um so bemerkenswerter, als sie – in ihren radikalsten Formen – keine Reform der Strukturen im Blick auf die gewandelte Zeit erstrebt, sondern sich gegen Institutionen überhaupt richtet. Ordnung bedeutet dann nichts anderes als Zwang, und die Forderung geht auf Destruktion des Bestehenden. Jede Institution, so argumentierte Theodor W. Adorno 1964 in einer berühmt gewordenen Diskussion mit Arnold Gehlen, erwarte Anpassung. Ihr Wesen sei immer autoritäre Repression. Sie verhindere, daß der Mensch sein wahres Selbst finde.

Hier kommt eine grundsätzliche Opposition gegen alles Hergebrachte, gegen institutionelles Denken und Handeln überhaupt zur Sprache. In einem rationalistischen Optimismus gilt jede Veränderung, jedes Infragestellen des Bestehenden, jeder Auszug aus überlieferten Ordnungen als fortschrittlich und damit als gut. Im Hintergrund steht ein Begriff von Emanzipation, der die Aufhebung von Normen und die Reduzierung von Anforderungen als Wachstum von Freiheit und Humanität versteht.

Solche institutionsfeindlichen Theorien und Forderungen dürfen nicht immer als bare Münze gewertet werden. Nicht jede Kritik will die Institutionen abschaffen. Häufig geht es eher darum, sie zu erobern und sie dann um so autoritärer zur Durchsetzung der eigenen Ziele zu gebrauchen. Kritik ist dann Instrument des Willens zur Macht. Man diffamiert die Herrschaft, um sie selbst zu ergreifen. Man will bei den Vertretern der Institutionen ein schlechtes Gewissen erzeugen, um sie gefügig zu machen. Diese Wege der Machterringung sind nicht erst in unserer Zeit erfunden worden. Aber sie scheinen nach wie vor wirksam zu sein.

Wo jedoch die Institutionenkritik unserer Tage nicht lediglich Machtstreben verschleiern soll, kann man ihr nicht jede Berechtigung abstreiten. Das Geflecht der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation wird immer dichter. Die Bürokratien wachsen unaufhaltsam. Mit ihren undurchsichtigen Verwaltungswegen und ihrem juristischen Formalismus dringen sie immer mehr in private Bereiche des Bürgers ein. Kein Wunder, daß das Vertrauen zu den Institutionen schwindet und daß man ihnen mit zunehmendem Mißtrauen begegnet.

In manchen Bereichen sind auch die Institutionen hinter der gelebten Wirklichkeit

zurückgeblieben. Im Staat, in der Gesellschaft und in der Kirche wurde vielfach versäumt, die Strukturen weiterzuentwickeln, so daß sie ihren geistigen und sozialen Inhalt verloren und im Bewußtsein der Menschen eher als Zwang denn als Hilfe und Stütze erfahren wurden.

Im allgemeinen haben sich jedoch die Institutionen dem Ansturm der Kritik gegenüber als das Gegenteil dessen erwiesen, was man ihnen vorwarf. Sie waren so flexibel, so anpassungsfreudig, so reformbereit, daß sich heute die Vorwürfe einer zu großen Nachgiebigkeit zu häufen beginnen. Das Reformwerk, das die Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil unternommen hat, straft alle die Lügen, die eine so traditionsverhaftete Institution für reformunfähig gehalten hatten. Wie tiefgreifend sich Staat und Gesellschaft verändert haben, zeigt symptomatisch für das Ganze die Bildungspolitik der letzten Jahre. In manchen Bildungsplänen wurde sogar der Kern der emanzipatorischen, institutionskritischen Theorie in die Grundkonzeption der Institutionen selbst aufgenommen. Wie es dort heißt, soll Bildung die Fähigkeit vermitteln, die Gesellschaft stets kritisch zu „hinterfragen“ und zu verändern. Veränderung soll damit zum strukturbildenden Prinzip der Institution selbst werden.

Die Meinung, die Institutionen seien in der gegenwärtigen Gesellschaft völlig erstarrt und durch repressiven Machtwillen gegen jede Veränderung geschützt, ist durch die Wirklichkeit längst widerlegt. Heute besteht eher die Gefahr, daß die Geschwindigkeit dieses Wandels die Fortschreibung und Neubildung der Tradition behindert und den Menschen die für eine humane Gesellschaft unerläßlichen Orientierungen vorenthält. Der Satz von dem unbeweglichen, jeder Anpassung an neue Situationen und Bedürfnisse verschlossenen Charakter der Institutionen gilt nur noch im Geltungsbereich des marxistisch-leninistischen Sozialismus. Dort werden Traditionen dogmatisiert und Erneuerungen mit Gewalt unterbunden.

Die für viele überraschende, einer weitverbreiteten Theorie widersprechende Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit der Institutionen bringt die Chance mit sich, daß sich die Menschen leichter mit den institutionalisierten Ordnungen identifizieren. Normen, die für den Wandel der Welt- und Lebensverhältnisse offen sind, stehen dem einzelnen nicht fremd gegenüber und können problemloser übernommen, „verinnerlicht“ werden. Eine ständige Reformbereitschaft kann jedoch wieder einen neuen Abstand, eine neue Fremdheit schaffen. Wenn sich die Veränderungen nicht am wirklichen Menschen und an seinem jeder gesellschaftlichen Organisation vorgegebenen Wesen, sondern an bloßen Theorien ausrichten, verfehlen sie die wahren Bedürfnisse des einzelnen und der Gesellschaft mindestens gleichweit wie Strukturen, die sich jedem Wandel verschließen. Wenn heute Gefahren drohen, dann durch „Reformen“, die nur Ideologien und theoretischen Konzepten verhaftet sind.

*Wolfgang Seibel SJ*